

Riviresa - und kein Ende

Auch jetzt keine Zeit für Friedenshoffnungen

von Michael Mertsch

Militärische Fortschritte im Norden, Destabilisierung im Osten des Landes, Angst vor neuen Terroranschlägen der LTTE und Verfolgung von Tamilen in Colombo. Dieses sind nur drei Faktoren, die die derzeitige Situation Sri Lankas beschreiben. Wie weit das Land derzeit aufgrund vielfältiger Probleme noch von einer echten, dauerhaften Friedenslösung für den Volksgruppenkonflikt entfernt ist, versucht der nachfolgende Beitrag zu erläutern. Der Autor hat im April und Mai Sri Lanka besucht.

Die Zeichen in diesem Land sollten eigentlich auf Hoffnung und dauerhafter Beilegung des Konflikts stehen, davon muß zumindest jeder überzeugt sein, der sich dieser Tage in den srilankischen Medien über die Situation informiert: Der Norden ist befreit, Flüchtlinge kehren zurück und die verhaßten 'Tamil Tigers' sind angeblich entscheidend geschlagen, kann man nachlesen. Sogar die Präsidentin Chandrika Kumaratunga verkündet stolz, daß "ein Frieden in greifbare Nähe gerückt ist" ... Die Realitäten in vielen Teilen des Landes, besonders im Osten, sprechen eine andere Sprache und zeigen wie sehr das Bild der

Medien zu einem Zerrbild geworden ist.

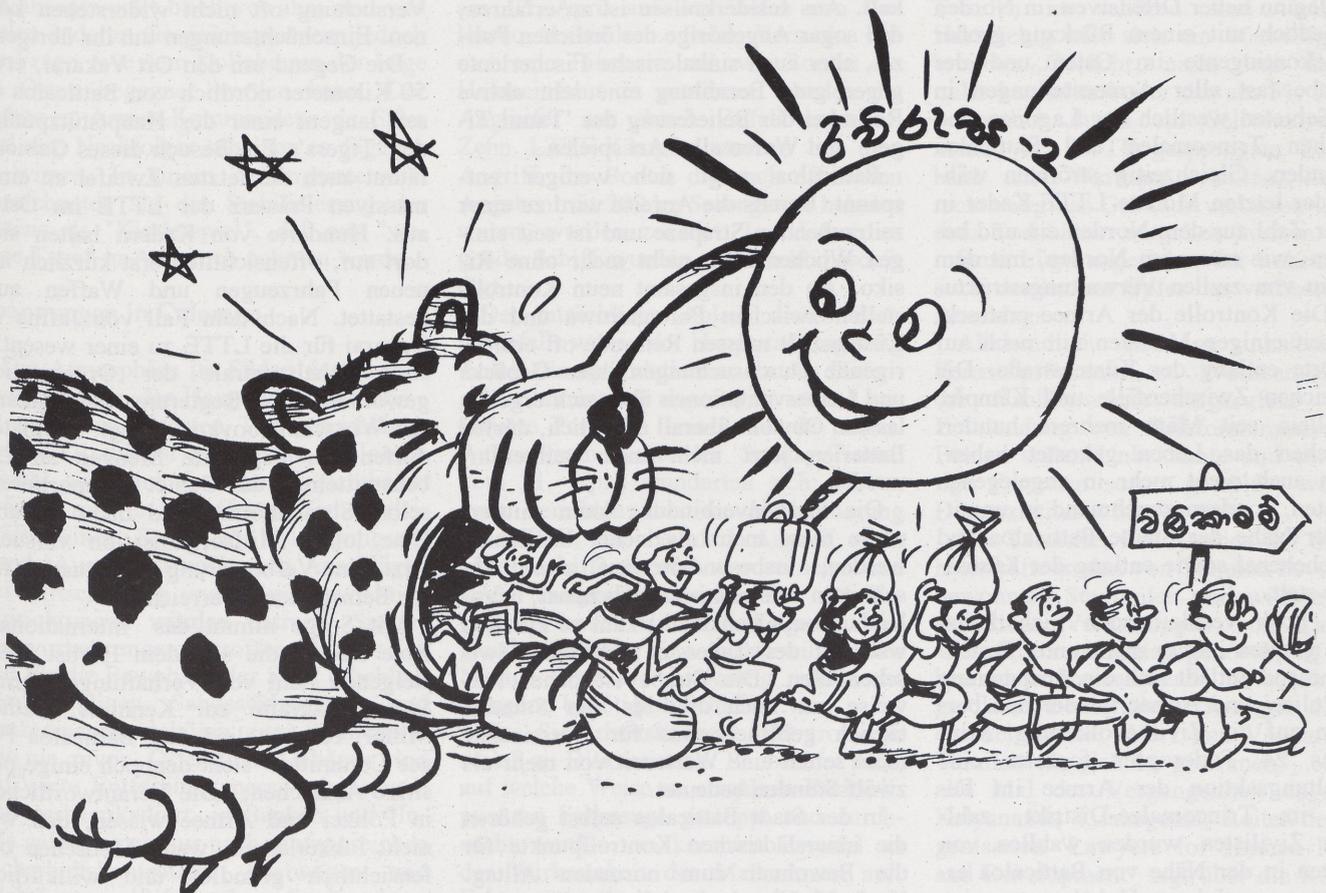
Erfolge im Norden

Die letzten Wochen waren durch beachtliche militärische Erfolge der Armee im Norden gekennzeichnet. Nach der völligen Eroberung der Jaffna-Halbinsel kehren Flüchtlinge in großer Zahl wieder in ihre Heimatorte zurück (siehe dazu auch Interview). Den militärischen Erfolgen müssen in diesem Gebiet jedoch auch schnelle Schritte zur Rehabilitation und zum Aufbau einer Zivilverwaltung erfolgen.

Die Armee scheint sich bei der Rück-

führung der Flüchtlinge bewußt freundlich gegenüber den Menschen gezeigt zu haben, das Verhältnis zwischen beiden Seiten ist trotzdem labil und es bleibt abzuwarten, ob neues Vertrauen entsteht. Die Wunden jahrelanger Bombenangriffe durch die Armee sind groß, aber auch der Haß der Soldaten gegenüber der 'Tiger'-Guerilla sitzt tief. Schon kurz nach der Eroberung Jaffnas wurden sämtliche Symbole und Statuen der LTTE zerstört, entgegen vieler Appelle auch aus dem Süden, wurde selbst der Kriegsfriedhof von Jaffna dem Erdboden gleichgemacht.

Auch die Hilfsorganisationen haben



Karikatur aus der sinhalesischen Tageszeitung 'Lankadipa': Die LTTE hat eine Niederlage einstecken müssen, die Menschen kehren freudig nach Jaffna zurück. Die Realität ist möglicherweise weniger rosig.

unterschiedliche Lageeinschätzungen. Während man beim 'Internationalen Roten Kreuz' (ICRC) gerade den Rückzug von der Jaffna-Halbinsel bekanntgab, glaubt man bei 'Medicines sans Frontiers' (MSF), daß der Regierung eine Stabilisierung der Lage im Norden gelingen könnte.

Niemand spricht mehr von den vielen Flüchtlingen im Vanni-Gebiet im Gebiet der Stadt Kilinochchi. Selbst nach den optimistischen Schätzungen der Regierung müssen dort noch fast 400.000 Menschen dahinvegetieren. Lagerstrukturen existieren praktisch nicht, die hygienischen Bedingungen sind katastrophal, Lebensmittel und Medikamente fehlen. Die Regierung beharrt weiterhin auf einem absoluten Embargo für Medikamente für dieses Gebiet, nur etwa 50 Prozent der etwa 1.400 monatlich benötigten LKW-Ladungen mit Versorgungsgütern erreichen dieses Gebiet.

Destabilisierung im Osten

Fast zeitgleich mit dem Vorrücken der Armee im Norden kommt es zu einer immer stärkeren Destabilisierung des Ostens. Nach einer Zeit großer Spannungen vor allen Dingen zwischen den dort lebenden Tamilen und Moslems in den Jahren 1992 und 1993 hatte sich die Lage dort 1994 weitgehend stabilisiert. Der Beginn neuer Offensiven im Norden war jedoch mit einem Rückzug großer Armeekontingente im Osten und der Aufgabe fast aller Armeestellungen in den Gebieten westlich der Lagunen und zwischen Trincomalee und Batticaloa verbunden. Gleichzeitig strömten während der letzten Monate LTTE-Kader in großer Zahl aus dem Norden ein und begannen, wie zuvor im Norden, mit dem Aufbau von zivilen Verwaltungsstrukturen. Die Kontrolle der Armee erstreckt sich seit einigen Monaten nur noch auf die Orte entlang der Küstenstraße. Die zahlreichen Zwischenfälle und Kämpfe, die allein seit März mehrere hundert Menschen das Leben gekostet haben, finden auch nicht mehr in abgelegenen Gebieten, sondern zunehmend in unmittelbarer Nähe der Städte Batticaloa und Valaichchenai sowie entlang der Küstenstraße statt.

Die noch verbleibenden Sicherheitskräfte geraten immer mehr unter Druck. Zunehmend entlädt sich die Anspannung von Polizei und Armee wieder in Übergriffen auf die Zivilbevölkerung. Mindestens 24 Todesopfer forderte eine Vergeltungsaktion der Armee im Februar im Trincomalee-Distrikt, zahlreiche Zivilisten wurden wahllos von Soldaten in der Nähe von Batticaloa erschossen, nachdem Unbekannte eine Handgranate in ein Armeecamp geworfen hatten.

Die LTTE kontrolliert inzwischen einen fast durchgängigen Korridor im Hinterland, der von Mullaitivu im Nordosten bis in den Amparai-Distrikt nach Süden reicht. Schätzungen sprechen davon, daß mittlerweile fast 90 Prozent der Fläche des Batticaloa-Distrikts von der LTTE kontrolliert werden, selbst in den schmalen Landstreifen zwischen Meeresufer und Küstenstraße wagt sich die Armee inzwischen nicht mehr.

Die Lage in den Orten an der Ostküste erscheint unterschiedlich. In Trincomalee steht man den jüngsten Veränderungen noch sehr gelassen gegenüber, die starke Präsenz der Marine, die dort ihren Hauptstützpunkt hat, gibt der Stadt eine gelassene und sichere Atmosphäre. Selbst in den späten Abendstunden sind die Straßen noch belebt, obwohl auch hier die Aktivitäten der tamilischen Guerilla nicht unbemerkt bleiben. In den letzten Wochen gelang es der LTTE durch die Sprengung von Transformatoren und Hochspannungsleitungen mehrfach, die Stadt für lange Zeit von der Elektrizitätsversorgung abzuschneiden. Fährt man nur wenige Kilometer nach Norden, so trifft man schon nahe von Nilaveli auf Angehörige der LTTE. Gleiches gilt auch für Orte auf der Südseite der Bucht jenseits von Muthur.

Trincomalee hat sich zu einem Hauptversorgungspunkt für die LTTE entwickelt. Aus Insiderkreisen ist zu erfahren, daß sogar Angehörige der örtlichen Polizei, aber auch sinhalaisische Fischerleute gegen gute Bezahlung eine sehr aktive Rolle bei der Belieferung der 'Tamil Tigers' mit Waren aller Art spielen.

Batticaloa zeigt sich weniger entspannt. Bereits die Anreise wird zu einer zeitraubenden Strapaze und ist seit einigen Wochen auch nicht mehr ohne Risiko. An den insgesamt neun Kontrollstellen zwischen Polonnaruwa und der Küstenstadt müssen Reisende oft erniedrigende Durchsuchungen ihres Gepäcks und Leibesvisitationen über sich ergehen lassen. Obwohl überall erhältlich, dürfen Batterien jetzt nicht mehr mitgeführt werden.

Die Straßenverbindung kann mittlerweile nicht mehr als sicher bezeichnet werden, insbesondere auf zwei Abschnitten (Punani-Valaichchenai, Valaichchenai-Chenkaladi) kam es kürzlich während des Tages zu schweren Zwischenfällen. Die Straße ist daher teilweise nur noch drei bis vier Stunden täglich geöffnet, was für Busreisende nicht selten eine Wartezeit von mehr als zwölf Stunden bedeutet.

In der Stadt Batticaloa selbst gehören die innerstädtischen Kontrollpunkte für die Bewohner zum normalen Alltag. Nach 18 Uhr traut sich allerdings hier niemand mehr auf die Straße und kaum eine Nacht vergeht ohne die dumpfen

Knallgeräusche der Granaten, die von den Armeelagern ziellos zum Westufer der Lagune abgefeuert werden, oft begleitet von Maschinengewehrfeuer. Treibstoffe wie Benzin und Diesel gibt es seit April nicht mehr, nachdem ein Zug mit Treibstofftanks von der LTTE nahe der Stadt gesprengt wurde. Der ohnehin unregelmäßige Verkehr von Personenzügen wurde daraufhin ganz offiziell ebenfalls eingestellt. Jenseits von Polonnaruwa verkehren seither nur noch Busse.

Die LTTE baut neue Versorgungskanäle auf

Die 'Tamil Tigers' haben sich auch hier verschiedene Einkommensquellen gesichert. Ganz offen belegen sie solche Güter mit Steuern, die es nur im Landesinneren gibt. In Kallar, nur wenige Kilometer südlich von Batticaloa, werden Einwohner systematisch entführt, um von den Angehörigen Lösegelder von 50.000 Rupien und mehr zu kassieren. Mehrfach wurden Fahrzeuge auf der Küstenstraße gekidnappt. Viele der Vorfälle geschehen quasi vor den Augen der Armee. Die für vertrauliche Informationen an Angehörige der Sicherheitskräfte durch die LTTE gezahlten Gelder erreichen dagegen inzwischen derart hohe Summen, daß die Betroffenen der Versuchung oft nicht widerstehen können. Einschüchterungen tun ihr übriges.

Die Gegend um den Ort Vakara, etwa 50 Kilometer nördlich von Batticaloa ist seit langem einer der Hauptstützpunkte der 'Tigers'. Ein Besuch dieses Gebietes räumt auch die letzten Zweifel an einer massiven Präsenz der LTTE im Osten aus. Hunderte von Kadern halten sich dort auf, offensichtlich erst kürzlich mit neuen Fahrzeugen und Waffen ausgestattet. Nach dem Fall von Jaffna ist Vakara für die LTTE zu einer wesentlichen Schaltzentrale der Organisation geworden. Die Regierung hat Vakara mit Wirtschaftsboykott belegt, Zivilisten dürfen nur begrenzte Mengen an Lebensmitteln in das Gebiet transportieren, selbst Streichhölzer sind nicht erlaubt. Eine lokale Hilfsorganisation versucht jetzt, eine Verbesserung der Situation für die Betroffenen zu erreichen.

Mit Sorge nimmt das 'Internationale Rote Kreuz' die seit dem Herbst 1995 steigende Zahl von Verhaftungen durch Sicherheitskräfte zur Kenntnis. Father Miller, ein Mitglied des 'Batticaloa Peace Committee' sieht dennoch einige positive Anzeichen: "Die Verantwortlichen in Polizei und Armee wissen, daß wir nicht lockerlassen, wenn Menschen offensichtlich grundlos und willkürlich verhaftet werden. Man kooperiert mit uns, das noch vor kurzem übliche 'Verschwindenlassen' von Personen



Batticaloa ohne Treibstoff. (Foto: Michael Mertsch)

kommt zumindest hier so gut wie nicht mehr vor."

Unbeantwortet blieb von ihm und von vielen anderen Gesprächspartnern jedoch die Frage, wie dem Kollabieren der Lage im Osten begegnet werden kann. Der bisherige Armee-Kommandeur de Silva und sein Nachfolger scheinen es dagegen zu wissen. In einem Zeitungsinterview bezeichneten sie die Stabilisierung des Ostens als "Kinderspiel", daß nur "wenige Tage" in Anspruch nehmen werde.

Spannungen in Colombo

Die Atmosphäre im Süden des Landes - vor allem in der Hauptstadt Colombo - ist nach den jüngsten Terroranschlägen der LTTE äußerst angespannt. Colombo gleicht aufgrund der überall sichtbaren Präsenz schwer bewaffneter Sicherheitskräfte einer Stadt im Belagerungszustand. Aus Angst vor neuen Anschlägen auf wirtschaftlich und politisch wichtige Einrichtungen wurden extreme Sicherheitsvorkehrungen getroffen, die das Leben für die Bewohner der Stadt erheblich beeinträchtigen. Sandsackbarrieren und Panzersperren gehören zum Straßenbild wie nie zuvor. Öffentliche Gebäude sind auf weite Entfernung massiv abgeriegelt und verbarrikadiert, in Banken und Hotels gelangt man nur nach umfangreichen Sicherheitskontrollen. Lastwagen und Kleinbusse dürfen das Stadtzentrum nicht mehr befahren, in den Stadtteilen Fort und Pettah sind nur noch wenige Straßen für den Verkehr freigegeben.

Aber auch diese Maßnahmen konnte nicht gänzlich einen Anschlag der LTTE am 12. April auf den Hafen von Colombo verhindern. Beim Versuch, mit mehreren Tauchern und zwei Booten die Hafeneinfahrt zu passieren, wurden die Angreifer nur durch Zufall entdeckt. Zehn LTTE-Kämpfer starben bei dem Angriff, die Boote, die nach offiziellen Angaben mit 300 kg Sprengstoff beladen waren, wurden zerstört. Im Hafen liegende Schiffe wurden nur leicht beschädigt.

Der tatsächliche Ablauf dieses Zwischenfalls war in der Hauptstadt tagelang Anlaß für Spekulationen, da das Hafengebiet hermetisch abgeriegelt ist und unbefugte Personen keinen Zutritt haben. Aufmerksame Leser der 'Sunday Times' vom 21. April wunderten sich: Neben zwei Berichten über die Verlautbarung der LTTE, daß bei dem Angriff sechs Marineschiffe zerstört worden seien und einem entsprechenden Dementi der Regierung fanden sie im Anzeigenteil der gleichen Zeitung eine Ausschreibung der Marine über die Lieferung von sechs dringend benötigten Schiffen...

Das Sicherheitskonzept gibt trotzdem Anlaß zu Diskussionen. Beobachtet man, auf welche Weise an einzelnen Kontrollpunkten Fahrzeuge gestoppt und durchsucht werden, so kommen Zweifel an der Wirksamkeit der Maßnahmen auf. Fahrzeuge werden planlos angehalten, die Polizisten scheinen oft nicht zu wissen, wonach sie eigentlich suchen sollen.

Das Mißtrauen zwischen Tamilen und

Sinhalesen in Colombo wächst. Die Versuche, Haß zwischen Sinhalesen und Tamilen zu schüren sind vielfältig. Hartnäckig hält sich ein böswillig verbreitetes Gerücht, nach dem die tamilischen Mitarbeiter der am 31. Januar vermutlich durch ein Selbstmordkommando der LTTE gesprengten Zentralbank eine Warnung erhalten, deshalb rechtzeitig das Gebäude verlassen und so dem Tod hätten entgehen können. Eine infame Lüge angesichts der hohen Zahl auch tamilischer Opfer des verheerenden Anschlags.

Allabendlich wird im sinhalesischen Fernsehprogramm zu Wachsamkeit in der Nachbarschaft aufgerufen. Unter Einblendung von Telefonnummern der Polizei sollen Unbekannte und verdächtige Personen sofort gemeldet werden. Denunziationen häufen sich.

Die Tatsache, daß Razzien der Sicherheitskräfte in den von Tamilen bevorzugt bewohnten Stadtteilen und willkürliche, grundlose Verhaftungen von Tamilen weiterhin zum Alltag gehören, ist nicht besonders überraschend. Es scheint sogar, daß die offizielle Strategie der Sicherheitskräfte, "Herz und Verstand der Tamilen für sich zu gewinnen", ein für alle Mal der Vergangenheit angehört. Kalyananda Tiranagama, Leiter der Organisation 'Lawyers for Human Rights and Development' sagt über die Respektierung von Menschenrechten bei Verhaftungen durch die neue Regierung: "Unter dem Vorgängerregime bekamen wir auf unsere Beschwerden wenigstens

noch eine Antwort, die neue Regierung ignoriert uns einfach. Viele, die uns früher unterstützt haben, sind jetzt selbst für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich."

Immer noch lassen sich - oder wollen sich - westliche Politiker und Diplomaten über die Situation im Lande täuschen: Eine Gruppe von Schweizer Parlamentariern beurteilte nach einem Besuch des Landes die Situation als sehr angenehm und das politische Konzept für erfolgversprechend. Ihr Meinungsbild erhielten sie in Gesprächen mit Ministern, Geschäftsleuten und UN-Repräsentanten, während sie die angebotenen Kontakte mit tamilischen Politikern ausdrücklich ablehnten. Anlaß des Besuchs waren wieder einmal Überlegungen zur Rückschaffung tamilischer Flüchtlinge aus der Schweiz.

Wie geht es weiter?

Was ist von den zahlreichen Wahlversprechen der Regierung Kumaratunga des Jahres 1994 geblieben. Nach der Amtsübernahme der Präsidentin wurden Vorgespräche zu Friedensverhandlungen aufgenommen und gleichzeitig nach jahrelangen ununterbrochenen Militäraktionen eine Waffenruhe vereinbart. Weder die nach Jaffna gereisten Regierungsvertreter noch die Angehörigen der LTTE nahmen diese Gespräche sonderlich ernst, die 'Tamil Tigers' setzten diesem labilen Frieden am 19. April 1995 schließlich ein Ende: Mit der Sprengung von zwei Marineschiffen im Hafen von Trincomalee durch Selbstmordkommandos der LTTE zerstoben auch diese Friedenshoffnungen.

Das Militär reagierte prompt, denn seit dem zweiten Halbjahr 1995 begannen große Militäroffensiven mit dem Ziel einer Einnahme der seit 1990 unter ausschließlicher LTTE-Kontrolle befindlichen Halbinsel Jaffna. Nach dem Ende der letzten von drei Offensiven unter dem Codenamen 'Riviresa' (Sonnenstrahl) ist dieses Ziel Mitte Mai diesen Jahres erreicht worden.

Politische Lösungsvorschläge

Zwar betonen Mitglieder der Regierung und auch des Militärs immer wieder, daß derartige militärische Erfolge nicht die Suche nach einer politischen Lösung ersetzen können und hier nur eine Strategie des "peace through war" verfolgt werde - wie eine derartige Lösung gefunden werden kann, scheint den agierenden Politikern jedoch nicht unbedingt klar zu sein.

Auf dem Höhepunkt der militärischen Aktionen gegen die LTTE wartete Präsidentin Kumaratunga im August letzten Jahres mit einer neuen Doktrin auf: Ei-

nerseits stellte sie ein politisches "Lösungspaket" (Devolution Proposal) vor, das einen radikalen Umbau der bestehenden Machtverhältnisse in Sri Lanka beinhaltet und der tamilischen Minderheit des Landes entgegen kommen soll. Die maximal mögliche Übertragung politischer Macht auf die Provinzen ist dabei der Hauptcharakterzug des "Paketes". Andererseits brachte sie zum Ausdruck, den Frieden durch die gleichzeitige Zerschlagung der LTTE absichern zu wollen. Die Vorschläge zur Lösung des Volksgruppenkonflikts gehen von einem quasi föderativen Staategebilde ("Union of Regions") innerhalb eines Einheitsstaates aus. Sie sehen die Einrichtung von Regionalparlamenten mit weitreichenden Vollmachten in den Provinzen vor.

Kontroversen und viel Kritik durch gemäßigte tamilische Parteien - die bisher eher die Politik der Regierung Kumaratunga als die der LTTE unterstützt haben - hat es wegen der großen Verzögerungen gegeben, ehe aus den im August unterbreiteten Vorschlägen ein erster Gesetzentwurf wurde. Sie haben der Regierung vorgeworfen, sich nach der Einnahme von Teilen der Jaffna Halbinsel wieder stärker auf eine militärische Vorgehensweise zu konzentrieren und bei der Suche nach einer politischen Lösung nicht aufrichtig vorzugehen.

Erst am 16. Januar diesen Jahres wurde der lange erwartete Gesetzentwurf vorgelegt, der am 7. März in ein aus 23 Mitgliedern bestehendes 'Parliamentary Select Committee' eingebracht wurde, das aus Abgeordneten der im Parlament vertretenen Parteien besteht. In diesem Komitee soll die weitere inhaltliche Diskussion stattfinden, bevor der Entwurf ins Parlament eingebracht werden soll, wo zur Akzeptanz eine zwei Drittel Mehrheit notwendig ist. Erst danach kann die weitere Hürde angegangen werden, bei der das Gesetz noch durch einen Volksentscheid abgesegnet werden muß - ein Prozeß, dem Beobachter immer weniger Chancen einräumen.

Das politische Lösungspaket scheint zunehmend in lautstarken pro- und contra-Kampagnen zu versinken. Besonders herausragend war kürzlich eine Versammlung von 2.000 einflußreichen buddhistischen Mönchen, die sich eindeutig gegen die darin gemachten Zugeständnisse an die tamilische Bevölkerung aussprachen und bezweifelten, ob Tamilen überhaupt politische Probleme hätten. Es gebe kein Tamilenproblem, sondern nur ein Problem des Terrorismus. Die Mönche plädierten für eine Fortsetzung der militärischen Zerschlagung der LTTE und warnten vor den mit der Übernahme des Reformpakets verbundenen Konsequenzen für die sinhallesische Mehrheitsbevölkerung

durch ein damit einhergehendes Auseinanderfallen des Einheitsstaates. Ganz abgelehnt wird von den einflußreichen Mönchen die von gemäßigten Tamilen geforderte permanente Zusammenlegung der Nord- mit der Ostprovinz - also die von Tamilen als traditionelle Heimatgebiete bezeichneten Regionen - zu einer Einheit mit einem Regionalparlament. Opposition gegen den Gesetzentwurf kommt aber auch aus den Reihen der ehemals regierenden 'United National Party' (UNP) sowie aus Kreisen der in der regierenden 'Peoples Alliance' zusammengeschlossenen Parteien. Die gemäßigten tamilischen Parteien verweisen ihrerseits auf starke Diskrepanzen, die sich zwischen den erstmals im August unterbreiteten Vorschlägen und dem jetzt in den Parlamentsausschuß eingebrachten Gesetzentwurf ergeben. Dabei geht es vor allem um die im Gesetzentwurf festgeschriebenen Befugnisse, nach denen das Staatsoberhaupt die Regionalparlamente nach Verhängung des Notstands dann auflösen kann, wenn die "Einheit und Souveränität der Republik" gefährdet ist. Die Anrufung eines Gerichts ("supreme court") gegen eine solche Entscheidung ist im Gesetzentwurf nicht vorgesehen. Auch eine sog. "Devolution Commission" zur Beilegung von Konflikten zwischen Zentral- und Regionalregierung ist im Gegensatz zu den ursprünglich vorgelegten Vorschlägen im Gesetzentwurf nicht mehr vorhanden. Durch eine "Chief Ministers Conference" soll es nur die Möglichkeit geben, inter-regionale Dispute zu schlichten.

Politische Beobachter wie S. Balakrishnan, Sekretär der Menschenrechtsorganisation 'Movement for Interracial Justice and Equality' (MIRJE), glauben, daß die Präsidentin zwar immer noch ihr Ziel einer Lösung des ethnischen Konflikts verfolgt, inzwischen jedoch jegliche Kontrolle über die Regierung verloren hat. Hinzu kommt, daß viele Mechanismen in Staat und Verwaltung derart ineffizient arbeiten, daß eine Umsetzung des "Devolution Proposals" allein dadurch utopisch erscheint.

Unverdrossen gegenüber alledem verkündet die Präsidentin stolz, 1995 sei das seit langem sicherste Jahr für Sri Lanka gewesen. Tatsächlich ist letztes Jahr kein Politiker oder hoher Angehöriger des Militärs gewaltsam zu Tode gekommen, dafür aber fast 6.500 Menschen aufgrund militärischer Auseinandersetzungen und infolge von Terroranschlägen. Die Aussichten bleiben trüb: Viele sahen 1994 bei den Wahlen in Chandrika Kumaratunga und der von ihr geführten 'Peoples Alliance' eine möglicherweise letzte Chance zur Konfliktlösung. Aber der Frieden ist immer noch in weiter Ferne.